

Schulausschuß

Fortsetzung von Seite 18

Auf Antrag von F.D.P.-Sprecher Rudolf Wickel ließ sich der Ausschuß noch einmal über das Versetzungsverfahren zum Schuljahresbeginn 88/89 unterrichten. Im Unterschied zum Vorjahr wird die Entscheidungskompetenz der Regierungspräsidenten und der Schülämter verstärkt. Insgesamt sollen 1530 Lehrer von einer Schulform zur anderen versetzt werden. Wickel bat zu achten, daß trotz der Dezentralisierung sich kein unterschiedliches Verfahren im Land entwickelt. Schließlich verabschiedete der Ausschuß den Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der musisch-kulturellen Bildung und trat einstimmig dem Votum des Kulturausschusses bei, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß das Stundensoll nach der Stundentafel in den Fächern Kunst und Musik an allen Schulformen voll ausgeschöpft wird und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß versuchsweise Modellklassen in allen fünf Regierungsbezirken eingerichtet werden, in denen über die Stundentafel hinaus jeweils in einem künstlerischen Fach zusätzlicher Unterricht angeboten wird.

Zum Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulordnungsgesetzes schloß der Ausschuß seine Einzelberatungen ab. Vorsitzender Hans Frey (SPD) ließ sich von dem Vertreter des Kultusministeriums erläutern, welche Quoten aufgrund des Gesetzentwurfes der Oppositionsfraktionen notwendig wären, um eine Gesamtschule errichten zu können. Nach den Erläuterungen des Vertreters des Kultusministeriums sind im Antragsverfahren, also für den Initiativantrag der Eltern, die eine Gesamtschule wollen, zunächst je Grundschuljahrgang 38 Stimmen, insgesamt also 152 Voten, notwendig. Erst dann ist der Schulträger verpflichtet, ein Abstimmungsverfahren einzuleiten. Bei diesem Abstimmungsverfahren müssen sich je Grundschuljahrgang 112 Eltern, also insgesamt 448 Eltern, für die Errichtung einer Gesamtschule aussprechen. Schließlich müssen sich in dem Anmeldeverfahren für das 5. Schuljahr 112 Schüler aus der Gemeinde des Schulträgers für die Gesamtschule anmelden.

Abschließend ließ sich der Ausschuß über die Verhandlungen des Kultusministeriums mit dem Lettischen Gymnasium in Münster unterrichten. Das Lettische Gymnasium soll zukünftig, wegen seines Status als Ergänzungsschule, die Abiturprüfung weitgehend in deutscher Sprache abhalten müssen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45, btx: # 568 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf

Porträt der Woche



Marita Rauterkus (SPD)

„Die Frauenförderung muß effektiver werden“, betont Marita Rauterkus und weiß sich bei diesem Anspruch im Prinzip mit den Frauen aller Fraktionen im Düsseldorfer Landtag im Einklang. Vage Hoffnungen aus der Männerwelt, daß die Frauenförderung möglicherweise eine modische Zeiterscheinung sein könnte, die auch wieder einmal vorübergeht, macht die SPD-Abgeordnete zunichte: „Im Gegenteil, es wird weitergehen.“ Deshalb setzt sich die SPD-Frau auch nachdrücklich dafür ein, daß in Nordrhein-Westfalen ein besonders wirkungsvolles Frauenförderungsgesetz zustande kommt. „Sowohl in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) wie auch in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) hatten wir bereits Gespräche mit Mitarbeitern des Innenministeriums, denen wir die Vorstellungen, die uns besonders wichtig erscheinen, vorgetragen haben“, erläutert Marita Rauterkus.

Zur Verwirklichung des Gleichberechtigungsgesetzes hält Frau Rauterkus ein Gesetz für erforderlich, wonach in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes bei gleicher Qualifikation — also Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung — unter Wahrung individueller Chancengleichheit Frauen solange bevorzugt eingestellt und befördert werden sollten, bis ein bestimmter Anteil Frauen in allen Positionen erreicht ist. Die Sozialdemokratin: „Dabei muß direkt im Gesetzestext ein Hebel eingebaut sein, der sicherstellt, daß die Frauenförderung auch wirklich in die Praxis umgesetzt wird.“ Es dürfe nicht sein, daß zwar ein gutes Gesetz existiere, die im Personalbereich Verantwortlichen aber nicht danach handelten, meint Marita Rauterkus und fügt entschieden hinzu: „In solchen Fällen muß es die Möglichkeit von Sanktionen geben.“ So wie in der Frauenpolitik engagierte sich die heute 45jährige auch in der Rechts- und Kulturpolitik. Auch hier sind Ausgleich und Gerechtigkeit ihre Hauptanliegen. Als Beispiel für ihren Einsatz nennt Marita Rauterkus die Kölner Einrichtung der Waage, einem Verein, in dem Opfer und Täter einer Straftat zusammengeführt werden und versucht wird, über die Begegnung das Verhalten des Täters zu ändern. Hier hat die SPD-Landtagsabgeordnete beim Bundesjustizminister erreichen können, daß die Finanzmittel für das Projekt und seine wissenschaftliche Begleitung bis 1989 gesichert sind. „Die Bemühungen haben sich gelohnt“, freut sich die SPD-Politikerin und sieht in diesem Fall einen Beweis dafür, daß man als Parlamentarier wirklich „etwas bewegen“ kann.

Seit 1985 ist Marita Rauterkus im nordrhein-westfälischen Landtag und möchte es nach der kommenden Landtagswahl 1990 auch bleiben. „Mein Ziel ist es, den Wahlkreis wieder direkt zu holen“, sagt die SPD-Frau. Ihr Einsatz für die Politik ist erstaunlich, denn an der Wiege hat der heutigen Landtagsabgeordneten wohl niemand gesungen, daß sie einmal Politikerin werden würde. „Mein Elternhaus war unpolitisch“, erinnert sich die am 28. Dezember 1942 im sauerländischen Althundem geborene SPD-Abgeordnete, die dort auch zur Schule ging, eine dreijährige Lehre als Großhandelskauffrau absolvierte und dann noch ein Jahr in diesem Betrieb arbeitete. Irgendwann danach hatte sie aber das Gefühl, daß sie für ein Jahr einmal „raus aus dem Sauerland“ und in einer Großstadt leben müsse. Köln war das Ziel, da hier Verwandte wohnten. Nach einem Jahr in der Rheinmetropole war kein Gedanke mehr an die Rückkehr in die ländliche Heimat.

Gleich in ihrem ersten Kölner Jahr, wo Marita Rauterkus zunächst wieder als kaufmännische Angestellte arbeitete, machte sie vom reichhaltigen politischen und kulturellen Angebot der Domstadt nachhaltig Gebrauch. Später wechselte sie als Sachbearbeiterin zu einem anderen Industrie-

unternehmen und wurde als Betriebsrätin und stellvertretende Vorsitzende aktiv. Wie sie sich erinnert, war sie zunächst in keiner Weise auf eine Partei fixiert. Es geschah fast von selber, daß sie inhaltlich immer mehr zur SPD tendierte. Den Ausschlag hat dann die frühere SPD-Bundestagsabgeordnete und Ministerin Katharina Focke mit ihrem Wahlkampf 1969 gegeben. Marita Rauterkus: „Es hat mich fasziniert, wie diese Frau politisch und menschlich mit den Wahlbürgern umging.“ Ein Jahr später trat die Wahl-Kölnlerin in die SPD ein.

Danach ging es „Schrittchen für Schrittchen“ auf der Erfolgsleiter der Partei aufwärts. Im Ortsverein Köln-Mitte übernahm sie verschiedene Funktionen, wurde Ersatzdelegierte und Delegierte auf Unterbezirksparteitagen, Beisitzerin bei den Jusos und war besonders aktiv in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, wo sie seit 1976 im Vorstand des Unterbezirks mitarbeitete und seit 1979 Vorsitzende ist. Bereits seit 1984 ist die Sozialdemokratin zudem stellvertretende AsF-Vorsitzende im Bezirk.

Als die Landtagswahl 1985 nahte, schlugen die AsF-Frauen Marita Rauterkus für den Kölner Wahlkreis IV vor, der seit über zehn Jahren immer an die CDU gefallen war. Um diesen für die SPD recht aussichtslosen Wahlkreis riß sich bei den Sozialdemokraten niemand, doch Marita Rauterkus nahm die Herausforderung an. „Das war meine einzige Chance, ich wollte in das Parlament, und über die Liste war nichts zu machen.“ Also führten Frau Rauterkus, ihr Ortsverein und die AsF-Frauen einen „Wahlkampf ohne Handbremse“, wie sie heute sagt. „Wir sind offensiv an die Arbeit gegangen und haben von Anfang an so Wahlkampf gemacht, als ob wir gewinnen könnten.“ Tatsächlich hat die Sozialdemokratin den Wahlkreis direkt gezogen. Seither pendelt Marita Rauterkus zwischen Köln und Düsseldorf und teilt ihre Arbeitszeit zwischen Frauen- und Rechtsausschuß und der Mitarbeit im Kulturausschuß.

Wie es scheint, haben auch ihre privaten Hobbys noch ein wenig mit ihrem Politikerinnendasein zu tun. Der Bereich der Sozio-Kultur hat es Marita Rauterkus nämlich angetan. Dabei handelt es sich um Bürgerzentren oder Begegnungsstätten, wo sich jung und alt treffen und selber etwas gestalten, sei es Theater, Musik oder Spiel, ohne daß „von oben“ dirigiert wird. Hier sieht die SPD-Politikerin ein großes Aufgabenfeld, denn die Genossen vor Ort wollen ihr da nicht so recht folgen. „Die Diskussion ist sehr schwierig“, weiß sie aus Erfahrung. In der SPD glaubten immer noch sehr viele, was vom Staat oder von der Verwaltung komme, sei besser für die Menschen, bedauert die SPD-Frau. Um diesem Vorurteil zu begegnen, verbringt sie ein Gutteil ihrer Freizeit bei Gruppen, die durchführen, wie sozio-kulturelle Arbeit klappt. Sonstige Hobbys von Marita Rauterkus sind Theater, Lesen und Studienreisen.

Gerlind Schaidt